**Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD**

**Entschließung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/8322**

**Gesetz zur Änderung des Ministergesetzes und des Gesetzes
über die Rechtsverhältnisse der politischen Staatssekretäre**

Der Landtag wolle beschließen,

I. die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag bis zum 31. Dezember 2020 einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Registers für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter (Lobbyregister) vorzulegen, in dem im Bereich von Landesregierung und Landtag tätige Lobbyistinnen und Lobbyisten erfasst und dabei folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:

1. Definition des Begriffs der Interessenvertretung

Entscheidendes Kriterium bei der Definition des Begriffs der Interessenvertretung sollte die Absicht sein, auf Entscheidungen der Exekutive oder Legislative direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen.

2. Registrierungspflicht

Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter, die die im Gesetz vorgesehenen Rechte in Anspruch nehmen wollen, müssen sich registrieren lassen. Erfasst werden sowohl die handelnde Lobbyistin bzw. der handelnde Lobbyist als auch die Institution, für die die Lobbyistin bzw. der Lobbyist tätig wird. Nur wer sich registriert, erhält Zugang zu den Liegenschaften des Landtags, der Ministerien sowie der staatlichen Behörden und ist zur Durchführung von parlamentarischen Abenden berechtigt. Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter, die nicht von der Definition erfasst werden, ist die Möglichkeit einer freiwilligen Registrierung einzuräumen.

3. Inhalt des Registers

In dem Register sind weitgehende Angaben zu machen, d. h. neben Name und Sitz beinhaltet dies beispielsweise auch eine Beschreibung der Tätigkeitsbereiche sowie eine Offenlegung von Höhe und Herkunft der finanziellen Mittel und Aufwendungen in Stufen.

4. Konkretisierung durch einen Verhaltenskodex

Die gesetzlichen Regelungen sollten durch einen Verhaltenskodex konkretisiert werden.

5. Legislativer Fußabdruck

Die Mitwirkung von Lobbyistinnen bzw. Lobbyisten, beispielsweise an Gesetzentwürfen der Exekutive, sind in den jeweiligen Vorlagen an den Landtag entsprechend zu dokumentieren und zu kennzeichnen.

6. Sanktionsmöglichkeiten

Es sind Sanktionsmöglichkeiten vorzusehen für den Fall, dass vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben gemacht werden oder Angaben fehlen.

7. Inkrafttreten

Das Gesetz sollte am 1. Mai 2021 in Kraft treten, damit eine entsprechende Umsetzung von Beginn der 17. Legislaturperiode an gesichert ist.

II. anzuregen, dass unmittelbar zwischen den Fraktionen Gespräche aufgenommen werden, um die Regeln über die Offenlegung der beruflichen Verhältnisse der Abgeordneten (Anlage 1 der Geschäftsordnung des Landtags) zu überprüfen und im Sinne von mehr Transparenz zeitnah zu novellieren.

13. 10. 2020

Stoch, Gall, Dr. Weirauch
und Fraktion

Begründung

Ziel muss es sein, das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu stärken. Dazu gehört Transparenz. Dabei haben insbesondere auch die Regierungen und Parlamente sowohl auf europäischer, Bundes- als auch auf Landesebene eine Vorbildfunktion. In Baden-Württemberg sind in Bezug auf die Transparenzregelungen strukturelle Änderungen notwendig, die aus Sicht der SPD noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden müssen, damit sie spätestens mit Beginn der neuen 17. Legislaturperiode in Kraft sind.

Zu I. Lobbyregister

Die Vertretung gesellschaftlicher Interessen gegenüber Politik, Verwaltung und allgemeiner Öffentlichkeit gehört zu den Wesensmerkmalen eines demokratischen Staatswesens. Seit jeher sind Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter unterschiedlichster Art in verschiedenen Formen an demokratischen Willensbildungsprozessen beteiligt. Im demokratischen Idealfall finden widerstreitende Interessen im Verlauf und im Ergebnis politisch-parlamentarischer Entscheidungsprozesse ihren Ausgleich und beteiligen sich konstruktiv an der Umsetzung konsensual getroffener Entscheidungen. Die Bedeutung externer Expertise für politische Entscheidungsprozesse lässt die Partizipation von Verbänden, Vereinen, Unternehmen, Organisationen und weiteren Akteuren der Interessenvertretung unterschiedlichster Couleur zu einem wichtigen Bestandteil von Gesetzgebungsverfahren werden. In zunehmenden Maße verstärkt sich jedoch das Unbehagen der Öffentlichkeit gegenüber den Tätigkeiten und dem Ausmaß des Einflusses von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf Politik und Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen. Vertrauen in die Legitimität staatlicher Entscheidungen setzt Transparenz voraus. Bislang vollzieht sich das Miteinander von Parlament, Regierung sowie Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene für Außenstehende in nicht nachvollziehbarer Weise.

Im Nachgang zum Fall „Amthor“ hat sich die große Koalition von CDU und SPD auf Bundesebene auf die Einführung eines Lobbyregisters geeinigt (vgl. Süddeutsche Zeitung, 3. Juli 2020), welches noch am 29. Oktober 2020 im Bundestag ver-

abschiedet werden soll (Bundestagsdrucksache 19/22179). Im Zuge der Diskussionen auf Bundesebene wurde seitens der Grünen im Land lautstark und öffentlich die Forderung nach der zügigen Einführung eines Lobbyregisters auch in Baden-Württemberg erhoben (vgl. z. B. Heilbronner Stimme, 17. Juni 2020). Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ist auf Seite 67 vereinbart, dass die Einführung eines öffentlich einsehbaren Lobbyregisters in enger Abstimmung mit den Fraktionen des Landtags geprüft wird. Bislang haben weder die grün-schwarze Landesregierung noch die sie tragenden Regierungsfractionen einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt oder sind in dieser Frage – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – auf die Oppositionsfractionen im Landtag zugekommen. Die öffentlichen Äußerungen vonseiten der Grünen stehen offensichtlich auch nicht im Einklang mit dem grün-schwarzen Regierungshandeln, denn das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hat am 1. Juli 2020 mitgeteilt (vgl. Landtagsdrucksache 16/8142): „Angesichts der weit fortgeschrittenen Legislaturperiode ist mit dem Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung in der jetzigen Legislaturperiode voraussichtlich nicht mehr zu rechnen.“ Der Presseberichterstattung vom 11. August 2020 war zu entnehmen, dass die grün-schwarze Koalition sich wohl nun doch auf die Einführung eines Lobbyregisters geeinigt habe. Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer der Grünen wird wie folgt zitiert: „Wir setzen darauf, dass es nun klappt.“ (z. B. Pforzheimer Zeitung vom 11. August 2020).

Der Landtag sollte hier selbstbewusst noch in dieser Legislaturperiode ein verbindliches Lobbyregister beschließen, damit dieses spätestens mit Beginn der neuen 17. Legislaturperiode auch in Baden-Württemberg Gültigkeit hat. Für ein verbindliches Lobbyregister werden die im Entschließungsantrag aufgezählten Eckpunkte vorgeschlagen, über die nach Wahrnehmung der bisherigen Äußerungen und Vorschläge (z. B. Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Transparenz schaffen – Verbindliches Register für Lobbyistinnen und Lobbyisten einführen“, Bundestagsdrucksache 19/836) Einvernehmen insbesondere mit der grünen Regierungsfraction bestehen müsste.

Zu II. Offenlegungsregeln für Abgeordnete

Seit der 15. Legislaturperiode ist der Landtag von Baden-Württemberg ein Vollzeitparlament. Neben der Abgeordnetenentschädigung und einer besseren Personalausstattung wurde auch die Kostenpauschale angepasst. Die Offenlegungsregeln für Abgeordnete blieben im Zuge der damaligen Parlamentsreform unverändert. Die SPD war bereits 2013 davon überzeugt, dass die Offenlegungsregelungen für Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag reformiert werden müssen. Ausgangspunkt der SPD-Reformüberlegungen war und ist die Unabhängigkeit der Abgeordneten. Damit steht eine Nebentätigkeit auch zu einem Vollzeitmandat nicht in Widerspruch. Es ist grundsätzlich eine Bereicherung für die parlamentarische Arbeit, wenn Abgeordnete den Kontakt zum Berufsleben behalten. Aus diesen Gründen lässt das Abgeordnetengesetz des Landes Baden-Württemberg Nebentätigkeit ausdrücklich zu. Allerdings müssen mögliche Abhängigkeiten, die die Unabhängigkeit des Abgeordneten beeinflussen können, feststellbar sein. Die SPD-Forderung fand damals keine parlamentarische Mehrheit. Die SPD macht mit dieser Entschließung einen weiteren Versuch und schlägt vor, unmittelbar Gespräche zwischen den Fraktionen aufzunehmen, um auch in diesem Bereich eine zeitnahe Verbesserung im Sinne von mehr Transparenz zu erreichen.